



»Bürger lasst das Glotzen sein, kommt herunter, reiht euch ein!«

Vortrag im Rahmen der 17. Jahrestagung der Freiwilligenagenturen 2012

Heiner Keupp

Die »Entdeckung« des bürgerschaftlichen Engagements hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine euphorische Gründungsphase ausgelöst, die zur Initiierung von Freiwilligenagenturen, Selbsthilfezentren, Stiftungen, Mehrgenerationenhäuser und den Aufbau von Netzwerken auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zur Folge hatte. Es ist Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen und die Frage zu stellen, ob wir nicht mutiger, offensiver und kritischer werden müssen, um zivilgesellschaftliche Potentiale unserer Gesellschaft besser entwickeln zu können. Von braven Bürger/innen zu Mut- und Wutbürger/innen?!

Sie können mich über meinen Titel ganz gut generationsmäßig einsortieren! Es ist einer aus den 68er Zeiten, in denen wir unsere ganz speziellen »Kinderreime« hatten (z.B. noch »Bürger runter vom Balkon, unterstützt den Vietcong«). Es lag uns an einer großen Distanz zu allem, was wir als »bürgerlich« eingeschätzt hatten: Die »bürgerliche Wissenschaft«, die »bürgerliche Sexualmoral« und alles, was uns an unsere überwiegend »bildungs-bürgerliche Herkunft« erinnerte oder was sich in der Bundesrepublik im neuen Konsumreich als prestigeträchtig herausgebildet hatte, wurde als »kleinbürgerlich« abgeurteilt. Wenn ich mich darauf beziehe, dann nicht um mich ironisch von meiner eigenen Geschichte und jener meiner Generation zu distanzieren, nein, ich will da durchaus identifiziert anknüpfen und danach fragen, ob nicht gerade der wütende Kampf gegen Lebensverhältnisse, die uns ohnmächtig machen und die wir als ungerecht ansehen, auch heute noch oder vermehrt wieder erforderlich ist. In einem Punkt will ich allerdings einen Lernprozess gegenüber den 60er und 70er Jahren herausstellen. Wir waren ja tatsächlich eine »kleine radikale Minderheit«, die sich mit einem elitären Habitus von der Durchschnittsbevölkerung absetzen wollte und sich eher einen Avantgardestatus zulegte. Und der hatte wenig mit einer demokratischen Alltagskultur zu tun.

Ist der Bürger, der in der Reformära der späten 1960er und frühen 1970er Jahren wegen seiner Engstirnigkeit und seinem Konservatismus zum Feindbild wurde, inzwischen zur positiven Sozialfigur geworden? Nein, aber es war notwendig einen Unterschied zu begreifen, den die deutsche Sprache nicht sehr gut auszudrücken vermag, den Unterschied zwischen dem »bourgeois« und dem »citoyen«. Es geht dabei um die Differenz von dem Menschen, der sich am kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen mit der Aneignung einer spezifischen Charaktermaske stromlinienförmig beteiligt und den Profit als seine Haupttriebfeder betrachtet und jenem Menschen, der den Anspruch hat, im Sinne der Aufklärung und unter Wahrung elementarer Menschenrechte sich an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu beteiligen. Diese selbstbewussten Bürger/innen, die sich



einmischen, unbequem sein können, die Macht kontrollieren, sich für Bürgerrechte engagieren und den staatlichen Instanzen nicht als Untertan gegenüberstehen, die sich die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Lebensformen zu ihrem Anliegen gemacht haben, galt es erst zu entdecken. Und ich habe sie in den unterschiedlichsten Projekten des bürgerschaftlichen Engagements entdeckt. Gehört auch »Occupy«, gehören auch die Wutbürger zu diesem Muster? Ich denke ja, sie repräsentieren einen Bürgertypus, der auf einen Mangel an Beteiligung und Mitgestaltung reagieren, wütend, weil sie der politischen Klasse nicht trauen und keine Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können.

Diesen Bürgertypus möchte ich in unseren BE-Diskurs hereinholen, denn die Bürgergesellschaft ist lebendiger und radikaler geworden. Als wir vor mehr als zehn Jahren die Enquetekommission mit unseren Diskussionen begleiteten, da war nicht nur die Sorge um eine Gesellschaft der »Ichlinge« Thema (z.B. beim damaligen bayerischen Ministerpräsidenten), sondern auch eine Harmlosigkeitsvermutung gegenüber engagierten Bürger/innen wurde prominent vertreten. Ich denke da an eine polemische Bemerkung von Ulrich Beck, der in der SZ vom 23./24. Juni 2001 seine Sorge darüber geäußert hatte, dass die inflationäre Rede vom »bürgerschaftlichen Engagement« »wie eine Petersiliengarnierung« wirken könnte, die »die politische Ratlosigkeit dekorativ verschönt«. »Zivilgesellschaft light« sei die Gefahr, die er entstehen sah, nämlich eine sich immer wiederholende »Mittelschichtveranstaltung«. So ganz kann man diese Bemerkung auch heute nicht abtun. Ins Zentrum der Diskussion rücken aber die großen Krisen der letzten Jahre, sie haben Wirtschaft, Politik und auch uns Bürger/innen in hohem Maße verunsichert. Klare politische Zukunftsvorstellungen sind Mangelware und auch der utopische Überschuss, der aus den 70er Jahren des letzten bis ins neue Jahrtausend hinein reichten, ist uns ziemlich abhanden gekommen. Sind da die weltweit aufgenommenen Aufrufe »Empört Euch« (Stephané Hessel 2011a), »Engagiert Euch« (Stephané Hessel 2011b), »Wehrt Euch« (Rainer Kahni 2011) und »Vernetzt Euch« (Lina Ben Mhenni 2011), die in den Buchhandlungen stapelweise liegen und wohl auf gelesen und über Facebook und Twitter verbreitet werden, ein wichtiger Impuls für die Bürgergesellschaft? Welchen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang das bürgerschaftliche Engagement?

Ich möchte meine Fragen in fünf theseartigen Schritten aufnehmen und zu beantworten versuchen: Bürgergesellschaftliches Engagement ...

- emanzipiert sich vom »braven« Ehrenamt
- widerlegt den Diskurs zu den »Ichlingen«
- als »soziales Kapital« – von gleicher Relevanz wie das »ökonomische« oder das »öffentliche Kapital«
- als Agency: Wege aus der Ohnmacht
- als Experimentierbaustellen für zukunftsfähige Lösungen
- braucht Partner mit zivilgesellschaftlicher Achtsamkeit
- kein Ersatz für professionelle Dienstleistungen.



Aber zunächst gilt es eine Bilanz zu ziehen: Wie geht es dem Bürgerengagement? Wie hat es sich entwickelt? Wer engagiert sich eigentlich? Welche Potentiale gibt es?

Bürgerschaftliches Engagement emanzipiert sich vom »braven« Ehrenamt – Bürgerschaftliches Engagement widerlegt den Diskurs zu den »Ichlingen«

Noch zu Beginn dieses Jahrtausends gab es gute Gründe, Argumente gegen den konservativen »Ichlinge«-Diskurs zu formulieren (Keupp 2001). Inzwischen werden die Ichlinge von einer krisenbeunruhigten Gesellschaft als Leitbild verabschiedet. So hat Horst W. Opaschowski (2010) seinem neuesten Trendbuch den Titel »Wir! Warum Ichlinge keine Zukunft mehr haben« gegeben und ein anderer Bestsellerautor, Richard David Precht (2010), will »Die Kunst, kein Egoist zu sein« vermitteln, denn der sei mit der Westerwelle weggespült worden. Opaschowski richtet den Egomenschen ein Begräbnis erster Klasse aus: »Hedonisten, hemmungslose Ichlinge passen nicht ins Bild von Krisenzeiten, auch und gerade im zwischenmenschlichen Bereich werden Prinzipien wie Verlässlichkeit und Beständigkeit wieder Bedeutung zugeschrieben. Dem entspricht die Überwindung der verengten narzisstischen Nabelschau zugunsten des wiedergefundenen Blicks auf das Wir und auf Wertorientierung« (S. 19). »Immerhin 88 Prozent der Bundesbürger (Männer: 85%; Frauen: 90%) sagen, dass für Egoismus in der Gesellschaft immer weniger Platz ist und sie den Zusammenhalt suchen« (ebd.). »Wie schon immer in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen verdrängt das Zusammenrücken das Auseinanderdriften und verlieren Super-Egos in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an Glaubwürdigkeit« (ebd.).

Und der Selbsthilfebereich wird von Opaschowski als Trendsetter einer Wir-Kultur angesehen: »In der Selbsthilfekultur setzen sich die Bürger ihre Sinnorientierungen selbst. Sie belohnen sich selbst. Es macht ihnen Freude, anderen helfen zu können. Die Selbsthilfegesellschaft ist keine Utopie. Es gibt sie wirklich. Sie funktioniert im Nahmilieu« (S. 91). Diese Aussage lässt sich auch mit den Ergebnissen der drei durchgeführten Freiwilligensurveys unterstützen. Die »Ego-Taktiker« gibt es natürlich in unserer Gesellschaft, aber die Bonijäger und selbstverliebten Inszenierer sind keineswegs der dominante Sozialtypus der Gegenwart.

Bürgerengagement als »soziales Kapital«: Von gleicher Relevanz wie das »ökonomische« oder das »öffentliche Kapital«

Die Ökonomie und vor allem das Finanzkapital scheinen das einzige Gravitationszentrum politischen Handelns geworden zu sein, dazu noch eines das global irrlichtert, national kaum mehr zu fassen ist und keine sicheren Orientierungspunkte setzt. Ist es da nicht angesagt, den Blick auf Einsichten zu erweitern, die wir in den letzten Jahren gewonnen haben? Ich denke da an das Modell von Jeremy Rifkin, der die Gesellschaft der Spätmoderne



in dem Bild eines dreibeinigen Hockers zu fassen versuchte. Die drei Beine sind das ökonomische, das öffentliche und das soziale Kapital. Aber Rifkin sieht eine Verkürzung der Perspektive, die das soziale Kapital in seiner Zukunftsrelevanz vernachlässigt: »Die politische Debatte verharrt bis heute im Spannungsfeld von Markt und Staat - und wird so den Herausforderungen und Chancen des neuen Zeitalters immer weniger gerecht. Würde der gemeinnützige Bereich als dritte Säule zwischen Markt und Staat ernst genommen, änderte sich das Wesen des politischen Diskurses grundlegend. Denn endlich würde sich eine vollkommen neue Sicht von Politik und Wirtschaft, vom Wesen der Arbeit und Gesellschaft eröffnen« (1997). Vor fünfzehn Jahren etwa hat das Rifkin formuliert, in Zeiten der Enquetekommission und des Internationalen Jahrs der Freiwilligen 2001 konnte man den Eindruck gewinnen, dass diese Sichtweise verstanden worden und als Botschaft angekommen war. In den Jahren danach wuchsen die Zweifel in Bezug auf die Nachhaltigkeit dieser Einsicht. In den Parteien und Koalitionen auf der Bundesebene wurde die Politikbedeutsamkeit des bürgerschaftlichen Handelns eher zur Schwundgröße. Gerade in Zeiten, da alle Hoffnungen und Ängste auf den ökonomischen Sektor gerichtet sind, ist es gut, an die klassische Studie von Robert D. Putnam (1993) zu erinnern, der gezeigt hat, dass sich dort, wo soziales Kapital im Sinne vertrauensvoller sozialer Beziehungen sich gut entfalten kann, auch die ökonomischen Potentiale positiv entfalten können.

Bürgerengagement als Agency: Wege aus der Ohnmacht

Ich mache mal eine Rechnung auf, die zwei Untersuchungsreihen zu unterschiedlichen Themen zusammenführt und die annähernd zu 100% aufgeht. Das mag methodisch nicht unproblematisch sein, aber zumindest zeigt es einen Trend auf, der mich einerseits beunruhigt und andererseits auch optimistisch stimmt.

Die drei Wellen des Freiwilligen surveys zeigen, dass etwa ein gutes Drittel der Bevölkerung sich aktiv im Freiwilligenengagement betätigt. Übrigens ist auch nachgewiesen, dass engagierte Menschen ein höheres Maß an Lebenssinn und Lebenszufriedenheit erreichen als Menschen, die sich nicht aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelten beteiligen. Und was ist mit den übrigen Zweidritteln? Die Arbeitsgruppe um Wilhelm Heitmeyer (2012) untersucht seit 2002 in jährlichem Abstand unter dem Titel »Deutsche Zustände« die mentalen Reaktionen auf die aktuelle soziokulturell-politische Situation. Befragt wird eine repräsentativ ausgewählte Gruppe von 3000 deutschen Bürger/innen. Neben vielen anderen Befunden zeigt diese Studie, dass sich die Gruppe der Menschen, die das Gefühl haben, keinen Einfluss auf die politische Entwicklung nehmen zu können, größer wird und inzwischen Zweidrittel der Bevölkerung ausmacht. Etwa genauso viele Menschen stimmen der Aussage zu, dass sie die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen nicht begreifen. Das Ausmaß von Ohnmacht, Gefühlen der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit hat also in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dabei ist es nicht länger nur die Angst vor Arbeitslosigkeit, die anomische Einstellungen auslöst, sondern zunehmend auch die Angst vor einem sozialen Abstieg. Zugleich nimmt mit der subjektiven Wahrnehmung von Handlungsunsicherheit und Orientierungslosigkeit vor allem die Feindseligkeit gegenüber Grup-

Heiner Keupp: »Bürger lässt das Glotzen sein, kommt herunter, reihet euch ein!« Vortrag im Rahmen der 17. Jahrestagung der Freiwilligenagenturen 2012



pen »von Außen«, den Fremden, zu und bereitet damit den Nährboden für ein (rechts-)populistisches Potential. Das Festhalten an alten Orientierungs- und Handlungsmustern bietet vor dem Hintergrund der Ungerichtetheit gesellschaftlicher Prozesse, der weitgehenden Unbeeinflussbarkeit ökonomischer Entwicklungen und den Kontrollverlusten in der Politik allerdings keinen Ausweg.

Die Forschung zur Lebensqualität hat aufzeigen können, dass neben materiellen, sozialen und ökologischen Ressourcen für Menschen von entscheidender Bedeutung ist, dass sie Handlungsoptionen und Gestaltungschancen haben. Diese Bedingungen individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit stehen im Mittelpunkt der sog. »Agency-Theorie von Albert Bandura (1997). Selbstwirksamkeitserfahrungen entstehen für Subjekte in Alltagssituationen, in denen sie eigene Optionen entwickeln und erproben können. Sie können auf diese Weise in ihren Lebenswelten Grundlagen für ihre Handlungsfähigkeit und ein Vertrauen in die eigene Handlungswirksamkeit erwerben.

Einen besonderen Stellenwert hat dieser Gedanke der Selbstwirksamkeit in der Ottawa-Charta gefunden, die man als Basisphilosophie der Gesundheitsförderung und von New Public Health ansehen kann. Diese Ansätze zielen »auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen". Und Gesundheit wird so definiert: Sie »wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die all ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen.«

Ich bin davon überzeugt, dass das bürgerschaftliche Handeln in diesem Sinne die Lebensqualität positiv beeinflusst, weil es Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht und Ohnmachtsgefühle überwinden kann. Für mich folgt daraus, dass zivilgesellschaftliche Prozesse noch deutlich mehr gefördert werden müssen und eine viel höhere Priorität im politischen Handlungsfeld erhalten sollten.

Empörung und Wut sind menschliche Reaktionen, die gegen die Ohnmacht gerichtet sind. Ehe ich mich dem Gefühl der Resignation oder Demoralisierung ausliefere, mich zum Opfer der Verhältnisse mache und ehe ich für mich fragwürdige Sündenböcke konstruiere, die an allem schuld sein sollen, versuche ich öffentlich vernehmlich zu artikulieren, dass etwas nicht in Ordnung ist. Diese Emotionen werden auch durch politische Entscheidungen ausgelöst, die Bürgerinnen und Bürger vor vollendete Tatsachen stellen. Stuttgart 21 ist da ein Lehrstück und man kann nur hoffen, dass diese Lehre auch verstanden wurde.



Experimentierbaustellen für zukunftsfähige Lösungen

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf »das Bewährte« erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des »demokratischen Experimentalismus« – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als »soziale Experimentierbaustellen«, als »emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse« deuten (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107).

Wir haben es mit mehreren Lernprozessen zutun, die zeitlich teilweise nacheinander bzw. parallel erfolgt sind. Sie haben sich teilweise unabhängig voneinander entwickelt oder voneinander profitiert. Insgesamt stellen sie ein gesellschaftliches Erfahrungsfeld dar, in dem durch eine experimentelle Suche zukunftsfähige gesellschaftliche Lösungen erprobt werden. Ihr Entstehungsprozess läuft in aller Regel über irgendeine Form von widerständiger Identität, aber sie bleibt nicht in der Verteidigung partikularistischer eingespielter Lebensformen stehen, sondern entwirft Vorstellungen neuer selbstbestimmter Identitätsfigurationen in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die in ihrem Anspruch universalistisch ausgerichtet ist. Projekt-Identitäten bilden sich in sozialen Bewegungen (z.B. Frauenbewegung) heraus, also in Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements. Speziell im Bereich der Familienselbsthilfe lassen sich solche Erprobungsfelder zukunftsfähiger gesellschaftlicher Lösungen gut aufzeigen. Aus den Nachbarschaftshilfen, den Mütter- und Familienzentren, den Eltern-Kind-Initiativen, die von Müttern und Vätern aus Eigeninteresse aufgebaut wurden, sind wichtige Projekte moderner Sozial- und Familienpolitik entstanden (Mehr-Generationen-Häuser, KiTZe, Elterntalk etc.). Das jüngste Kind in diesem Bereich sind die Familienpaten, die sich in Bayern auf einen guten Weg gemacht haben, aber noch einer langfristigen Absicherung bedürfen.

Die »sozialen Experimentierbaustellen«, die den Freiwilligen Sektor zu einem Innovationsgenerator haben werden lassen, sind als »emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse« zu verstehen. Das ist aber nicht nur rückwärtsgewandt eine sinnvolle Funktionsbeschreibung des bürgerschaftlichen Engagements. In ihm steckt auch ein großes Zukunftspotential. Ich möchte es an einigen wichtigen Bereichen exemplifizieren:

Die gesellschaftliche Spaltung in arme und wohlhabende Bevölkerungsgruppen schreitet voran und die Ungleichheit in den Lebenslagen reproduziert sich auch im Bürgerschaftlichen Engagement. Deshalb bedarf es



gezielter Förderstrategien, die die aktive Teilhabe vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Sinne des Empowermentprinzips ermutigen.

Die positiven ebenso wie die problematischen Konsequenzen des demographischen Wandels erfordern aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich – durchaus aus Eigeninteresse - für zukunftsfähige Projekte im Feld der Wohn- und Lebensformen im Alter engagieren. Genossenschaftliches Wohnen, generationsübergreifende Lebensformen oder Mehrgenerationenhäuser sind hier ermutigende Beispiele.

Die Integration von Zuwanderungsbewegungen, die in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig sind, kann nur gelingen, wenn das vielfältige Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen und gefördert wird.

So wichtig effektives Handeln staatlicher Behörden zur Aufdeckung und Bekämpfung rechtsextremistischer Terrornetzwerke ist, so entscheidend sind letztlich aber zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie und Toleranz. Die Beispiele aus Wunsiedel, Gräfenberg, Landshut oder am Gymnasium in Grafing zeigen, dass letztlich nur das engagierte Handeln der Bürgerinnen und Bürger das braune Gespenst vertreiben können.

Die Inklusion ist mit dem Inkrafttreten der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen vor einem Jahr zu einem zentralen Thema geworden, aber nicht nur als wohlklingende Programmatik, sondern sie erfordert Aktivitäten. Mit der politischen Willensbekundung, die mit der Unterschrift unter diese Konvention erfolgte, ist es aber nicht getan. Auch mit einem Landtagsbeschluss, inklusive Schulen zu schaffen, ist allenfalls ein Startschuss abgegeben, die aktiven Gestaltungsprozesse auf der kommunalen Ebene erfordern nicht nur die Einbeziehung behinderter Menschen und ihrer Familien, sondern auch die intensive Beteiligung der gesamten Bürgerschaft.

Für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist die Engagementbereitschaft von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von entscheidender Bedeutung. Die in diesem Bereich beobachtbare Stagnation hat entscheidend mit einem sich hochtourig entwickelnden Bildungssystem zu tun, das Heranwachsende so absorbiert, dass sie für selbstbestimmte, freiwillige Aktivitäten immer weniger Zeit haben. Aber es geht nicht nur um die Rekrutierung von Nachwuchs für den Ehrenamtsbereich, sondern um den drohenden Verlust von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Von höchster Priorität sind deshalb Anstrengungen, das Freiwilligenengagement und die Partizipationsmöglichkeiten von Heranwachsenden durch Strukturreformen im Bildungswesen voranzutreiben.

Bürgerengagement braucht Partner mit zivilgesellschaftlicher Achtsamkeit

Ich freue mich, dass wir in Bayern das Landesnetzwerk zum bürgerschaftlichen Engagement haben schaffen können. Es hat sich in den wenigen Jahren seines Bestandes schon einen wichtigen Stellenwert in der Sozialpolitik erobert. Weitere Knoten sollen dazu kommen und die kommunalen Koordinierungsstellen sind auch im Aufbau. Ein »Runder Tisch« im Sozialministerium ist ebenfalls ein ermutigender Schritt, denn dort haben Vertreter der Zivilgesellschaft Erfahrungen mit einer staatlichen Instanz machen können, die so etwas wie »zivilgesellschaftliche Achtsamkeit« zeigt. Aber da ist noch viel Raum für eine Weiterentwicklung. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen und dabei sind die vorhandenen Ansätze der Bürgerbeteiligung als Handwerkszeug zu nutzen:

- Zukunftswerkstätten: In Bereichen, in denen auf bewährte Lösungen nicht mehr zurückgegriffen werden kann, sollten mit der Methode der Zukunftswerkstätten und der Bereitschaft zu ergebnisoffenen Prozessen Optionen erarbeitet werden.
- Bürgergutachten: Vor allem auf der lokalen-kommunalen Ebene hat sich der Wert von Bürgergutachten (nach der Methode von Peter Dienel) längst bewährt und zu Lösungen beigetragen, die Expert/innenlösungen überlegen sein können.
- Bürgerbeiräte in allen Politikfeldern: Planungen der Politik/Verwaltung sollten vor ihrer Umsetzung von gewählten Beiräten beraten und geprüft werden.
- Experimentierfonds: Die Selbsthilfeförderung zeigt seit einem Vierteljahrhundert, welche Lösungskompetenz und welcher Phantasie Reichtum in der Bürgerschaft vorhanden ist. Solche Fonds, die in Selbstverwaltung funktionieren, können durchaus wettbewerblich genutzt werden.
- Partizipationsgremien: Alle öffentlich geförderten Einrichtungen (von Kindergärten, über Schulen und Universitäten bis hin zur Seniorenarbeit brauchen verbindliche Mitbestimmungsformen).

Ich komme zum Schluss. Aus der »kleinen radikalen Minderheit«, die einst die Bundesrepublik aus der politischen und psychologischen Immobilität der 50er und frühen 60er Jahre »befreien« wollte, aber oft in ihrem eigenen elitären Zirkeln stecken blieb, ist – nicht zuletzt durch die Ermutigung »Demokratie zu wagen« (Willy Brandt) – gerade durch die Bürgerinnen und Bürger, die man zunächst eher als Gegner sah und sie erst spät als »Citoyens« erkannte, eine zivilgesellschaftliche Entwicklung begonnen worden, die allerdings noch erhebliche Entwicklungspotentiale hat, deren Förderung höchste Priorität haben sollte.



Bürgerengagement kein Ersatz für professionelle Dienstleistungen

Angesichts ziemlich angespannter Haushaltslagen vieler Kommunen gibt es durchaus die Idee, spezifische Aufgaben könnten auch von ehrenamtlichen Kräften übernommen werden (z.B. im Bereich Pflege, Kinderbetreuung). Bei manchen Wohlfahrtsorganisationen und vor allem bei Vertretern der betroffenen Professionen hat das die Sorge ausgelöst, dass Freiwilligensektor ihnen Konkurrenz machen könnte bzw. ihre Stellen ersetzt werden könnten. Im Feld der Freiwilligenförderung ist dafür ein hohes Maß an Achtsamkeit für klare Grenzziehungen erforderlich und auch weitgehend vorhanden. Die Grenzen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und professioneller sozialer Arbeit sollten jedoch auch in eindeutig formulierten Qualitätsstandards festgehalten werden. Freiwilligenengagement eignet sich grundsätzlich nicht als »Notstromaggregat« für magersüchtige öffentliche Haushalte!

Anmerkung

Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor im Rahmen der 17. Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) und der Stiftung MITARBEIT am 06.11.2012 in Osnabrück gehalten hat.

Der Beitrag ist ebenfalls erschienen in: Wegweiser Bürgergesellschaft – eNewsletter Nr. 22/2012 (23.11.12)

Literatur

Bandura, A. (1997). Self-efficacy in changing societies. Cambridge: Cambridge University Press.

Ben Mhenni, L. (2011). Vernetzt Euch. Berlin: Ullstein.

Heitmeyer, W. (2012). Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt: Suhrkamp.

Helbrecht-Jordan, Ingrid: Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld: Kleine 1996.

Hessel, S. (2011a). Empört Euch. Berlin: Ullstein.

Hessel, S. (2011b). Engagiert Euch. Berlin: Ullstein.

Kahni, R. (2011). Wehrt Euch. Book on demand.

Keupp, H. (2001). Eine Gesellschaft der Ichlinge? München: SOS-Kinderdorf Verlag.



Keupp, H., Kraus, W. & Straus, F. (2000). Civic matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. In: U. Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp, S. 217 - 268.

Opaschowski, H.W. (2010). Wir! Warum Ichlinge keine Zukunft haben. Hamburg: Murmann.

Precht, R.D. (2010). Die Kunst, kein Egoist zu sein. München: Heyne.

Putnam, R. D. (1995). Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy, 6 (1), S. 65 78.

Putnam, R. D. (1996). Symptome der Krise – Die USA, Europa und Japan im Vergleich. In: W. Weidenfeld (Hg.), Demokratie am Wendepunkt. Berlin, S. 52 80.

Rifkin, J. (1997). Das Informationszeitalter rottet die Arbeit aus. Sinnvolle Jobs wird es nur jenseits der herkömmlichen Beschäftigungsfelder geben. DIE ZEIT vom 02. Mai 1997.

Autor

Prof. Dr. Heiner Keupp ist Sozialpsychologe und emeritierter Professor der Ludwig-Maximilians-Universität München. Das Thema Bürgerschaftliches Engagement begleitet ihn durch seine wissenschaftliche Tätigkeit. Für die Zukunftskommission der Bundesländer Bayern und Sachsen hat er ein Gutachten zum Potential freiwilligen sozialen Engagements erarbeitet und beteiligt sich an vielfältigen Initiativen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Kontakt:

Prof. Dr. Heiner Keupp

E-Mail: heinerkeupp@psy.lmu.de

Internet: <http://www.psy.lmu.de/sps-rs/Mitarbeiter-innen/Heiner-Keupp.html>

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT

Netzwerk Bürgerbeteiligung

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de

Heiner Keupp: »Bürger lasst das Glotzen sein, kommt herunter, reihet euch ein!« Vortrag im Rahmen der 17. Jahrestagung der Freiwilligenagenturen 2012

eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2013 vom 20.03.2013